

## Resolution soll Anhörung ermöglichen

**LÄRMSCHUTZ EINFORDERN** Entwicklung im Güterverkehr bereitet Sorgen / FWG mit Anträgen in Stadt und Kreis

**SCHIFFERSTADT** (suk). Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Ab 2030 wird der Güterverkehr links des Rheins zunehmen. Auf zirka 42 Züge täglich will die Deutsche Bahn AG aufstocken. Angesichts des Streckenverlaufs ist Schifferstadt davon ebenfalls betroffen. Zwei Güterzüge, so eine erste Hochrechnung der Schifferstadter FWG, würden demnach zusätzlich zu den beiden Personenbahnen in der Stunde Süd- und Hauptbahnhof samt dazugehörigen Übergängen passieren. Eine Resolution soll die Bahn dazu bringen, in den Lärmschutz zu investieren.

Auf eine Anfrage des CDU-Landtagsabgeordneten Martin Brandl hin hatte sich die Bahn zu ihrem Vorhaben in Details geäußert. Selbige gefielen den politischen Vertretern fraktionsübergreifend nicht. Vor allem die Hauptbetroffenen entlang der Bahntrasse Ludwigshafen – Speyer – Germersheim – Wörth wollen über ein gemeinsames Vorgehen beraten. Das hat der Landrat des Land-

kreises Germersheim Fritz Brechtel (CDU) ins Auge gefasst.

Nicht zufrieden geben mit den vorgesehenen Maßnahmen der Bahn will sich auch die Schifferstadter und die Kreis-FWG. Nachdem bereits andernorts – wie beispielsweise von der CDU in Speyer – der Antrag auf Verfassung und Unterzeichnung einer Resolution gegen die geplante Ausweitung des Güterschienenverkehrs gestellt worden ist, wollen die Freien Wähler nun sowohl in ihrer Stadt als auch im Rhein-Pfalz-Kreis erreichen, dass eine Anhörung der betroffenen Landkreise und Kommunen erreicht wird. Das Ziel: Die Bahn AG soll in Lärmschutz investieren.

„Auf der einen Seite ist es gut, dass die Bahn Güter auf die Schienen bringt. Es wurde ja immer gefordert, diese von den Straßen zu holen. Auf der anderen Seite aber ist gerade diese Trasse so gut frequentiert, dass diese Zusatzbelastung enorm für die Anlieger sein wird“, führt Dieter Weißenmayer, Vorsitzender der

örtlichen als auch der Kreis-FWG, im TAGBLATT-Gespräch aus. Deutlich macht er, dass das Vorhaben aufgrund der Notwendigkeit nicht verhindert werden, jedoch für die Bürger nach bester Möglichkeit erträglich gemacht werden soll.

Das Thema Lärmschutz spricht Weißenmayer hier an und verweist auf das Mittelrheintal. Dort investierte die Bahn AG in den vergangenen Jahren rund 53 Millionen Euro in verschiedene Lärmschutzstrategien. 11,5 Kilometer Schallschutzwände und passiver Schallschutz in rund 8000 Wohnungen – unter anderem durch Schallschutzfenster, -dämmlüfter oder spezielle Dachisolierungen – zählten dazu, wie auf der Internetseite des Unternehmens nachzulesen ist.

Auf weitere Maßnahmen, das Schienennetz direkt betreffend, weist Weißenmayer hin. Schienenstegdämpfer oder elastische -befestigungen waren im Mittelrheintal als technische Variante für gut befunden worden, um das dröh-

nende Geräusch der Güterwagons zu mindern.

Einen weiteren Punkt nennt Weißenmayer im Zusammenhang mit der geplanten Steigerung der Verkehrskapazität ab 2030: „Wenn diese kommt, werden wir die Unterführung in der Iggelheimer Straße bauen müssen.“

Nun sollen aber zunächst einmal Gespräche im Vorfeld die Deutsche Bahn AG zum Handeln bringen. „Für den Fall einer Verweigerung zu einem Anhörungsverfahren verweisen wir vorsorglich auf die Aarhus-Konvention der Vereinten Nationen, der die Bundesrepublik 2007 beigetreten ist“, merkt Weißenmayer hinsichtlich des Antrags an. Die Konvention ist der erste völkerrechtliche Vertrag, der jeder Person Rechte im Umweltschutz zuschreibt.

Sowohl in der Stadtratssitzung am 19. März, als auch im Kreistag am 23. März will Weißenmayer mit seinen Fraktionskollegen den Antrag auf ein Anhörungsverfahren einbringen.